

*Berthold Sutter, Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897, ihre Genesis und ihre Auswirkungen auf die innerösterreichischen Alpenländer. Bd. 1.*

Verlag Hermann Böhlau Nachf., Graz-Köln 1960, 310 S., mit 4 Abb.

Die Badeni-Affäre des Jahres 1897 bezeichnet den Beginn einer permanenten Reichskrise, an deren Ende der Zerfall der Großmacht Österreich-Ungarn, der multinationalen europäischen Monarchie schlechthin, stand. In einer umfassenden, auf vielen Einzelzügen beruhenden Darstellung sucht der Vf. den nationalen Kampf der Völker um innerstaatliche Gleichberechtigung im bürokratischen und sozialen Bereich darzustellen. Weit ausholend knüpft er an die Epoche des Vormärz an, schildert die tschechische Wiedergeburt und weist auf die Tatsache hin, daß Böhmen bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg Streitobjekt und „sedes mali“ Zisleithaniens gewesen ist. Die Problematik des Revolutionsjahres 1848, Neuabsolutismus und Verfassungsära, sucht er nicht nur vom Standpunkt staatsrechtlicher und verfassungspolitischer Fragen zu erörtern, er wendet sich vielmehr auch wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen zu, die gewissermaßen auslösende Faktoren des Nationalitätenkampfes geworden sind. Die reiche Literatur über die soziale Umschichtung in den Sudetenländern wird in angemessener Weise berücksichtigt. Aus der umsichtig gearbeiteten Einführung geht hervor, daß Österreichs Existenz seit Kremsier unter dem Einfluß der nationalen Ideologie fragwürdig geworden war und jegliche Lösung des österreichischen Verfassungsproblems im zentralistischen Sinn nur so lange Bestand haben konnte, wie das liberale Bürgertum und die österreichische Bürokratie die Macht hatten, den Staat zusammenzuhalten. Auf Grund der sehr ins einzelne gehenden Darstellung gewinnt man die Einsicht, wie wenig hoffnungsvoll schließlich alle nationalen Ausgleichsversuche in Anbetracht der Dynamik bleiben mußten, die die Massenideologien entfesselten. Der Vf. bemühte sich, über die äußerliche Synthese zu den tieferen Ursachen des Scheiterns aller Verhandlungen vorzudringen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Projekte Adolf Fischhofs, sie werden als gedankenreiche und gehaltvolle Arbeiten charakterisiert, da Fischhof einer der wenigen Politiker war, die dem Dualismus einen bundesstaatlichen, dezentralisierten Föderalismus entgegenstellten. Trotzdem wandte sich Fischhof, um eine wertvolle Feststellung des Vf.s wiederzugeben, gegen die harten Bestimmungen des (geplanten) Nationalitätengesetzes von 1871 und setzte sich für die Sprachenrechte der Deutschböhmen ein (vgl. S. 81).

Der äußere Ablauf und die parlamentarische Problematik (vom Standpunkt der Regierung) werden bei allen Versöhnungsaktionen eingehend dargeboten, soweit dies bei der schwierigen Quellenlage möglich war. Man darf aber nicht übersehen, daß bereits die Themastellung eine gewisse, heute wohl verständliche Abgrenzung des Stoffes sichtbar macht: Es sollen die Auswirkungen der Sprachenverordnungen namentlich auf die innerösterreichischen Länder untersucht werden. Die österreichische (zisleithanische) Innenpolitik war,

je weiter man von 1897 aus in der konstitutionellen Zeit zurückgreift, in großem, ja überwiegendem Maße eine Politik der zentralistisch eingestellten Deutschböhmen und Deutschmährer, für die der politische Sammelbegriff „Sudetendeutsche“ noch nicht ganz zutreffend ist. Der Vf. hat mit Recht auf die Bedeutung des Prager (deutschen) Kasinos hingewiesen, aus dem angesehenere liberale Staatsmänner hervorgegangen sind. Es war in Anbetracht der heutigen Verhältnisse gewiß fast unmöglich, infolge Fehlens der Parteiarchive, ja oft sogar der einschlägigen Parteipresse, eine gründliche Darstellung der Parteipolitik und innenpolitischen Taktik zu entwerfen.

Mit Recht behandelt der Vf. die Bestimmungen des (geplanten) Nationalitätengesetzes von 1871 sehr genau und hebt hervor, daß die deutschen Liberalen und die ungarischen Staatsmänner gemeinsam Hohenwarts Sturz herbeiführten, um das 1867 mühsam ausbalancierte System des Dualismus zu retten. Man könnte dieser Auffassung noch hinzufügen, daß die deutschliberale Bürokratie durch die Anerkennung der Fundamentalartikel ihren Einfluß in Böhmen verloren hätte. Interessant ist die Feststellung (S. 83), daß Albert Schäffle und Graf Kasimir Badeni, trotz ernstlichen Strebens nach einer Befriedung Böhmens, landfremde Staatsmänner waren, denen gründliche Kenntnisse der böhmischen Frage fehlten. Die Gefahr des Zerfalls der Monarchie erschien, wie der Vf. zeigt, seit dem Revolutionsjahr 1848 so bedrohlich, daß dem zentralistischen Element der Bürokratie bis zum Ende des Reiches entscheidende Bedeutung als Stütze des Gesamtstaates zukam. Der österreichische Liberalismus (auch der der Deutschböhmen) war doktrinär und bis zu einem gewissen Grad unrealistisch. Er wirkte überdies, wie von berufener Seite betont wurde, anational. Seine Vertreter sahen auf das Staatsganze und vergaßen, die eigene Existenz zu sichern. Sie verkannten und unterschätzten die nationalen Kräfte, die von einer sozialen Umschichtung getragen wurden. Diese Fehleinschätzung wurde der zentralistischen österreichischen Bürokratie, die zu den besten Europas zählte, zum Verhängnis.

Graf Badenis Absicht, nach dem Scheitern des Böhmisches Ausgleichs zwischen Deutschliberalen und Alttschechen (1890), gewiß berechnete Forderungen der Tschechen nach sprachlicher Gleichberechtigung in Böhmen durchzusetzen, wird in ihrer unzureichenden Vorbereitung gut beleuchtet. Dabei sei besonders betont, wie unpsychologisch Badeni versuchte, die deutschen Abgeordneten für eine versöhnlichere Einstellung zu gewinnen. Ihnen sollte zugemutet werden, das Staatsinteresse in einer Zeit über das eigene Volksinteresse zu stellen, in der die österreichische Staatsidee durch den Nationalismus bereits ausgehöhlt war. Die Triebkräfte des Sprachenkonflikts — vom Vf. als ein Grundelement des individuellen Existenzkampfes anerkannt — sind heute im Zeitalter der Massenvertreibungen und der Assimilierung nicht mehr ganz verständlich. Die Ursachen lagen tiefer: Das wiedererwachte Nationalbewußtsein der Slawen gab den Anstoß für den radikalen Nationalismus der Deutschösterreicher. Die Deutschen in den Sudetenländern lernten nach und nach die Stärke und Härte der slawischen Gegner kennen, wollten sich aber nicht mit dem Gedanken befreunden, daß auch ihnen die Zweisprachig-

keit auf die Dauer genützt hätte. Mit Recht wies der Vf. darauf hin, daß die Deutschen in den Sudetenländern zu spät begannen Tschechisch zu lernen; es wäre vorteilhaft gewesen, das Studium der slawischen Sprache früher zu intensivieren. Erst der Deutsche Volksrat in Böhmen (gegründet 1903) hat es unternommen, das Studium des Tschechischen allen Sudetendeutschen aus naheliegenden Gründen dringend zu empfehlen.

Die Uneinigkeit der Deutschösterreicher, deren nationales Schicksal Dumreicher in seinen denkwürdigen, leider zu wenig bekannten „Südostdeutschen Betrachtungen“ voraussagte, gefährdete schon zur Badenizeit die gemeinsamen Abwehraktionen. Der Vf. verwertet die Auffassungen Dumreichers sorgsam. Der Gegensatz zwischen Sudetendeutschen und Alpendeutschen wirkte sich, wie in zutreffender Weise dargetan wird, schon in den neunziger Jahren fühlbar aus. Es fehlte das einheitliche Konzept, so daß die parteipolitische Verwirrung im Ausland einen sehr nachteiligen Eindruck machte. Selbst die Sudetendeutschen, denen von englischer Seite ein gewisser Fanatismus nachgesagt wurde, erhielten erst eine überparteiliche Organisation, eine Art „Verteidigungsdemokratie“, im Deutschen Volksrat Dr. Josef Wenzel Tittas (1903).

Der Vf. hätte eventuell noch mehr auf die außerparteilichen Bewegungen bei den Deutschen in den Sudetenländern eingehen können. Schon vor Badenis Zeit hatte sich die Tendenz verstärkt, in Schutz- und Schulvereinen (Bund der Deutschen in Böhmen, gegr. 1894, u. a. m.) gewissermaßen auf außerparteilicher Grundlage Verteidigungspolitik zu treiben und die Volksvertretung nach unten zu erweitern. Diese Entwicklung beeinflusste zweifellos die Politik der Parteien und hatte ihr Vorbild in dem Vorgehen der slawischen Vereine ähnlicher Art. Der kritikübende Einfluß außerparlamentarischer Organisationen auf die zerfahrene Parteipolitik wäre immerhin erwähnenswert.

Die Bemühungen der Sudetendeutschen um eine eigenständige historisch-politische Ideologie, wie sie im Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen und bei den Palacký-Gegnern der sudetendeutschen Historiographie gepflegt wurden (Constantin v. Höfler, A. Bachmann, W. Wostry u. a.), erhielten dadurch eine wirkungsvolle volks- und gesellschaftspolitische Ergänzung. Es muß daher sehr in Frage gestellt werden, wenn der Vf. (S. 30) behauptet, daß die Deutschen in Böhmen keine „historische Sendungsidee“ gehabt hätten. Der selbst nach der Auffassung tschechischer Politiker und Historiker weitreichende Einfluß der sudetendeutschen (deutschböhmischen) Geschichtsschreibung und Politik vor 1914 sagt gerade das Gegenteil aus.

Die Darstellung Sutters gewinnt durch ihre Vielseitigkeit, aber auch durch die genaue, fast minutiöse Reproduktion der Regierungspolitik an Wert; sie wird dem deutschen Standpunkt, wozu es im Interesse historischer Wahrheit keiner Rechtfertigung bedarf, in anerkennenswertem Maße gerecht. Der Vf. lehnt die radikalen Erscheinungen der parlamentarischen Obstruktion ab, die eine so tolerante Geschäftsordnung, wie sie in Europa nirgends bestand, systematisch ad absurdum führte. Er legt ferner dar, wie einseitig

die parlamentarische Obstruktion kaisertreuer Deutscher in französischen Kreisen als Ausbruch des „Pangermanismus“ interpretiert wurde, scheut sich aber auch nicht, am Schluß des 1. Bandes zu sagen, daß der tschechische staatsfeindliche Radikalismus einen Grad erreicht hatte, der nicht mehr zu überbieten war.

Mit voller Berechtigung verneint der Vf. im Vorwort zum 2. Band dieses Werkes die Frage, ob Badeni als großer Staatsmann bezeichnet werden könne. Hingegen wäre wohl auch ein Mann mit größeren Fähigkeiten als der ehemalige Statthalter Galiziens an der Aufgabe gescheitert, die unterminierte Staatskonstruktion des Dualismus zu retten und der in sich problematischen Existenz Zisleithaniens Dauer zu verleihen.